

11.09.2018

## Antrag

der Fraktion der SPD

**Erhöhte Gewerbesteuerumlage muss 2020 enden – Landesregierung muss Farbe bekennen!**

### I. Ausgangslage

Die Kommunen werden seit 1991 durch die „erhöhte“ Gewerbesteuerumlage belastet, die den Ländern zufließt, um deren Anteil am Fond Deutsche Einheit zu finanzieren. 1995 wurde diese dann nochmals erhöht, um den Solidarpakt für die ostdeutschen Bundesländer zu finanzieren.

Die Kommunen in den alten Bundesländern werden durch diese Erhöhung jährlich mit insgesamt mehr 3,5 Mrd. € belastet.

Allein im Jahr 2018 werden die NRW Kommunen so mit 917 Millionen Euro zur Kasse gebeten.

2020 soll die erhöhte Gewerbesteuerumlage endgültig entfallen.

Nun hat sich der hessische CDU-Ministerpräsident Bouffier in einem Brief an seine Länderkollegen dafür ausgesprochen, diese Erhöhung teilweise zu erhalten, was die Länderhaushalte auf Kosten der Kommunen entlasten würde.

Das Land NRW hat sich zu diesem Vorschlag bisher nicht abschließend positioniert.

### II. Der Landtag stellt fest:

Die Kommunen in NRW haben seit der Wiedervereinigung einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung der neuen Bundesländer geleistet.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass die erhöhte Gewerbesteuerumlage ab 2020 entfällt und die Kommunen damit erheblich entlastet werden.

Eine Entlastung der Landeshaushalte auf Kosten der Kommunen ist angesichts der finanziellen Situation der Länder unnötig und falsch.

Datum des Originals: 11.09.2018/Ausgegeben: 11.09.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:**

- Sich auf Bundesebene offensiv dafür einzusetzen, dass die erhöhte Gewerbesteuerumlage ab 2020 endgültig entfällt.
- Den Vorstoß des hessischen Ministerpräsidenten abzulehnen und dies auch öffentlich zu vertreten.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Michael Hübner  
Christian Dahm  
Stefan Zimkeit  
Stefan Kämmerling

und Fraktion